

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

30.3.1921 (No. 73)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
G. Amend
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konkurrenzfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Verpflegungssätze des Landesbads in Baden u. d. Landessolbads in Dürreheim.

** Die Selbstkosten für die Verpflegung von Kranken im Landesbad in Baden und im Landessolbad in Dürreheim sind derart gestiegen, daß die Verpflegungssätze durch eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 1. April ds. J. ab nicht unwesentlich erhöht werden mußten. Sie betragen für Selbstzahler:

bei Verpflegung gemeinsamer Säle täglich 25 M.,
bei Verpflegung von Einzelzimmern täglich 30 M.

Für Kranke, die die Badische Staatsangehörigkeit besitzen oder im Lande Baden ihren Wohnsitz haben oder von badischen Organisationen eingewiesen werden, ist ein ermäßigtes Verpflegungsgeld von

22 M. täglich bei Verpflegung gemeinsamer Säle
25 M. täglich bei Verpflegung von Einzelzimmern

zu entrichten. In der Zeit vom 1. November bis 31. März ermäßigen sich die Verpflegungssätze um täglich 3 M.

Hierfür wird gewährt: Wohnung, Verpflegung, ärztliche Behandlung, Wartung, Wäder und sonstige Kurmittel.

Die vorhandenen Einrichtungen werden vom Staat unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

In Anbetracht des gesunkenen Geldwertes müssen die durch einen Kuraufenthalt im Landesbad und im Landessolbad erwachsenden Kosten als sehr mäßig bezeichnet werden, zumal den Kranken durch den Aufenthalt in diesen Anstalten keinerlei Ausgaben für ärztliche Verpflegung, Wartung, Wäder und sonstige Kurmittel erwachsen. Jedenfalls bleiben die durch einen Kuraufenthalt im Landesbad und Landessolbad entstehenden Kosten wesentlich hinter diejenigen eines sonstigen Kuraufenthaltes ähnlicher Art zurück. Dies ist namentlich für Personen, die keiner Klasse angehören von Bedeutung, da ihnen hierdurch die Möglichkeit eines billigen Kuraufenthaltes gegeben ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

** Die Verschärfung der Arbeitsmarktlage kommt in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen zum Ausdruck. Sie ist von 4443 in der Vorwoche auf 4632 in der Berichtswwoche gestiegen. Ausbezahlt wurde an Erwerbslosenunterstützung 852 884,25 M. Die Zahl der Notstandsarbeiter ist von 3011 auf 2993 dadurch gesunken, daß einige Leute in ihren Berufen Arbeit fanden. Das Gesamtergebnis wird hierdurch selbstredend nicht beeinflusst; die Lage wird vielmehr dadurch gekennzeichnet, daß neue Betriebserschließungen teils schon als eingetretene gemeldet, teils als bevorstehend angekündigt werden. Am Ende der Woche waren 408 Männer und 138 Frauen als Kurzarbeiter beschäftigt, an die 20 645,99 M. als Zulage ausbezahlt wurden.

In der Landwirtschaft macht sich gegenüber der Vorwoche ein vermehrter Bedarf an Mägen geltend. Auch Knechte, die im Melken bewandert sind, werden gesucht. Bei der besseren Witterung wird auch hier und dort nach Gärtnerern gefragt.

Desgleichen macht sich das günstigere Wetter in der Industrie der Steine und Erden (Ziegelei und Backsteinfabrikation) bemerkbar; der bereits in der Vorwoche gemeldete Bedarf an Ziegeleischarbeitern ist schwer zu decken.

Die Lage in der Metall- u. Maschinenindustrie jedoch muß als schlecht bezeichnet werden, es besteht vor allem ein ganz beträchtliches Überangebot an Maschinen- und Bauwerkstoffen, Blechnern und Installateuren. Geringer ist die Maschinenindustrie auf dem Schwarzwald noch beschäftigt.

Das Verhältnis von Arbeitsangebot und Nachfrage in der chemischen Industrie ist ungünstig.

In der Papierindustrie stand einer Anzahl von verschiedenen Plätzen gemeldeten arbeitsuchenden Kartonnagearbeitern kein Stellenangebot gegenüber; auch für Buchbinder ist die Lage ungünstig.

In der Lederindustrie bestand ein Überangebot an Sattlern, Dekorateurern und Tapezierern, besser war der Geschäftsgang in der Gerberei.

In der Holzindustrie hat sich die Lage für Schreiner etwas günstiger gestaltet. Die Nachfrage nach Käufern ist erheblich größer als das Angebot.

Die Lage im Nahrungsmittelgewerbe ist wie bisher schlecht. In der Tabakindustrie hingegen bestand noch ein beträchtliches Angebot an offenen Stellen.

Es scheint, als würde sich im Baugewerbe mit der besseren Witterung eine (unerhebliche) Besserung andeuten.

Für Arbeitsuchende aus dem Dienstleistungsgewerbe, sowie aus dem Handel und den technischen Berufen ist die Lage weiterhin ungünstig.

Im Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe kann das Arbeitsangebot von Köchen und Kellnern als erheblich bezeichnet werden, dagegen wird vor allem weibliches Hotelkitchenpersonal gesucht.

Betriebserschließungen

mussten infolge Arbeitsmangels bei zwei Betrieben vorgenommen werden, wovon 800 Männer und 125 Frauen betroffen sind.

* Kommunismus, Verbrechertum und russischer Rubel.

Auch der neueste, von kommunistischer Seite angezettelte Aufruhr vermag an der Tatsache nichts zu ändern, daß die günstige Zeit für die Kommunisten verpaßt und vorüber ist. Ja, die Ereignisse, die sich jetzt vollziehen, sind für den, der sich allen Krisen gegenüber Ruhe und Besonnenheit bewahrt hat, geradezu der beste Beweis dafür, daß der Kommunismus bei uns in Deutschland abgewirksam ist, für die nächste Zukunft keine Aussichten mehr besitzt und nur noch dort sein Dasein fristen kann, wo ohnehin das Verbrechertum ein besonders starkes Element der Bevölkerung ausmacht.

Durfte man bei den Kämpfen des vorjährigen März ohne weiteres feststellen, daß Tausende von Arbeitern aus ganz ehrlich gemeinten, politischen Beweggründen daran teilnahmen, weil sie sich der politischen Bedeutung und Tragweite der Aktion gar nicht bewußt waren, gingen damals die Unabhängigen und wohl auch ein Teil der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiterschaft — Anfangs wenigstens — Hand in Hand mit den kommunistischen Propagandisten, weil diese den Rapp-Putsch sehr geschickt für ihre eigenen Zwecke nutzbar zu machen verstanden, so liegen die Dinge heute völlig anders. Die mehrheitssozialdemokratische und unabhängige Arbeiterschaft hat sich in absoluter Geschlossenheit von der neuen kommunistischen Aktion ferngehalten, ja darüber hinaus versucht, diese verbrecherische Aktion hintanzuhalten.

Und wo trotz alledem sogenannte „Mehrheitsbeschlüsse“ für den Generalstreik zustande gekommen sind, wissen wir heute bereits, daß es sich hier um terroristische Machinationen, um Anwendung nackter Gewalt handelt. Ob die vernünftigen Teile der Arbeiterschaft allenthalben den jugendlichen kommunistischen Schemern, hinter denen sich oft genug Gesichter von unerschütterlichem russischen Typ zeigten, mit der nötigen, aktiven Energie entgegengetreten sind, ist heute schwer zu sagen. Man darf im übrigen nicht vergessen, daß dieser neue Aufruhr von langer Hand vorbereitet war und sich folglich mit einer derartigen Gewalttätigkeit in Szene setzte, daß vielfach ein Widerstand unbewaffneter Elemente als ausgeschlossen gelten mußte.

Jedenfalls ist an der Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiterschaft den kommunistischen Putsch mißbilligt und verurteilt, nicht zu rütteln. Und wir müssen gestehen, daß wir in dieser Tatsache ein erfreuliches Moment erblicken, ein Moment, das uns doch wieder die, wenn auch langsame, so doch deutlich wahrnehmbare Gesundung der Nation beweist und unsere Hoffnungen auf eine bessere Zukunft rechtfertigt.

Dah wir für die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch mit derartigen innerpolitischen Störungsaktionen zu rechnen haben würden, stand für uns von vornherein fest. Und immer wieder haben wir an dieser Stelle die Auffassung vertreten, daß man alles tun müsse, um solchen Aktionen wohl vorbereitet entgegenzutreten zu können. Was uns in erster Linie interessierte, das war immer die Prüfung und Feststellung der ganz bestimmten Aussichten, die für derartige Putschversuche bestanden.

Und da haben wir denn allerdings je länger je überzeugter die Feststellung machen dürfen, daß diese Aussichten sich mit der Zeit immer mehr verringerten, und daß auch das Maß von Gefährlichkeit, das ihnen an sich innewohnt, nach und nach immer kleiner wurde. Im Großen und Ganzen dürfen wir sagen, daß diesmal die Staatsautorität dem kommunistischen Verbrechertum nicht nur mit erfreulicher Entschiedenheit, sondern auch mit erfreulicher Überlegenheit in die Zügel gefaßt ist.

Und hier scheint uns ein zweites Moment zu liegen, das wir mit Genugtuung konstatieren. Mag auch der kommunistische Aufruhr von langer Hand, das heißt vor allem durch Moskauer Agenten und durch russisches Geld, vorbereitet worden sein, so ist der Zeitpunkt der Abrechnung doch vom Staate selbst und seinen Exekutivorganen bestimmt worden. Es ist möglich, daß der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Mehrheitssozialdemokrat Göring, in dem Augenblicke, als er die Weisung zum polizeilichen Einschreiten im Mansfelder Be-

zirk erließ, nicht sogleich an den Ausbruch einer sich auf ganz Deutschland erstreckenden kommunistischen Revolte gedacht hat. Tatsache bleibt aber, daß der Staat von sich aus seine Machtmittel eingesetzt hat, um einem Treiben ein Ende zu machen, das, wie im Mansfelder Bezirk, eine ordentliche Betriebsführung ausschloß und ganz offensichtlich von kommunistischen Helfershelfern geleitet wurde, um unserem Wirtschaftsleben neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Diese im Interesse der Staatsautorität und im Interesse der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung notwendige Polizeimahregel hat dann den Kommunisten den Vorwand zum Losschlagen an verschiedenen Orten des Reiches geliefert. Daß man hierbei ganz planmäßig vorgegangen ist, unterliegt keinem Zweifel mehr. Und ebenso müssen wir darauf gefaßt sein, daß diese kommunistischen Putschversuche sich noch an verschiedenen Stellen wiederholen werden. Es ist wohl anzunehmen, daß so ziemlich in allen jenen Großstädten und Gegenden, wo der Kommunismus über ein paar Tausend Anhänger verfügt, Versuche zum Generalstreik und zum Umsturz gemacht werden.

Wenn die kommunistischen Drahtzieher in Berlin und Moskau jedoch glauben, daß sie mit diesen aufrührerischen Gewaltaktionen, die jedesmal mit einer Entfesselung des Verbrechertums zusammenfallen, auch nur an irgend einer Stelle dauernden Erfolg haben werden, so irren sie sich. Gewiß wird es den gewalttätigen Elementen, die den Aufruhr ins Werk setzen, zunächst hier und da gelingen, vorübergehende Vorteile zu erringen. Gälte uns die Entente eine größere Zahl an Polizeitruppen gelassen, so wären wir wohl in der Lage, auch dieses zu verhindern. Immerhin hat sich bis jetzt gezeigt, daß unsere Polizeimacht im Verein mit der Reichswehr ausreicht, um irgend welche dauernden Erfolge der kommunistischen Putschisten auszuschließen.

Allerdings spricht hierbei die allgemeine Abneigung, die die erdrückende Mehrheit unseres Volkes einschließend der Arbeiterschaft gewalttätigen Aktionen gegenüber hegt, recht erheblich mit. Können schon die Kommunisten politisch auf keinen Zug, geschweige denn auf Sympathie von anderer Seite her rechnen, so entwickelt sich nach und nach dieser Mangel an Sympathie zu offenkundiger Antipathie und Feindseligkeit, wenn man sieht, mit welchen Elementen die Kommunisten ihre Ziele zu erreichen versuchen. Russische Agenten, frühere Zuchthäusler und zukunftslosere Zuchthauswärter, halbwillkürige Burfchen und Mädchen im Alter von 16—20 Jahren: das ist das Kontingent an Truppen, das der Kommunismus für den Kampf um seine Ideale aufgebietet hat!

Betrachten wir die Ereignisse von höherer Warte, von dem Standpunkte der staatlichen Ordnung aus, so müssen wir sagen, daß es an der Zeit gewesen ist, einmal mit diesen kommunistischen Schemern und dem von ihnen benutzten Verbrechertum abzurechnen. Unser Volk, das in seiner erdrückenden Mehrheit ordnungsliebend ist und in Ruhe und Frieden seiner Arbeit nachgehen möchte, erwartet geradezu vom Staate, daß er unerbittlich nach und nach mit jenen Elementen aufräumt, die teils durch fremdes Geld verleitet, teils von verbrecherischen Instinkten getrieben, keine Gewalttätigkeit scheuen, um die Herrschaft der Anarchie zu begründen.

Auch bei uns in Baden (so in Karlsruhe und im Mannheim) haben gestern die Kommunisten geglaubt, eine Umsturzaktion in die Wege leiten zu können. Der Verlauf ist nach der übereinstimmenden Auffassung aller Beteiligten und zum Urteil Verurteilten derart gewesen, daß man nicht weiß, worüber man sich mehr wundern soll, über die selbstvergessene Torheit der Putschisten oder über ihre Redlichkeit.

Daß ein paar Hundert Menschen, die zur Hälfte nicht einmal aus Anhängern, sondern lediglich aus Neugierigen bestehen, nicht gerade hinreichen werden, um den Staat zu stürzen, hätten sich die Einpeitscher der Aktion wohl selber sagen können. Unternehmen sie trotzdem den Sturm auf amtliche Gebäude, so geschah es wohl vor allem aus Freude an Gewalttätigkeit. Daß die Sympathie der Bevölkerung auf Seiten derer zu suchen ist, die diesen verbrecherischen Aktionen entgegengetreten sind und sie mit der Waffe in der Hand niederwerfen, ist durchaus erklärlich. Betrübtlich bleibt es, wenn auch Un-

schuldige dabei leiden müssen. Es ist ja aber niemand gezwungen und sei es auch nur aus Neugierde an diesen Gewaltversuchen teilzunehmen.

Zu irgend welcher Beunruhigung und Nervosität liegt, zumal bei uns in Baden, gar keine Veranlassung vor. Stellt der kommunistische Rutschversuch die Regierung und die Polizeiorgane auch vor neue und schwere Aufgaben, die in gleicher Weise Kraft und Energie erfordern, und ist das Ganze auch wahrlich kein Vergnügen für unser Volk, das schon an und für sich mit Sorgen über und über belastet ist, so braucht doch niemand zu bezagen: wir wissen, daß die Staatsautorität in fester Hand ruht, und daß jede Maßnahme vorbereitet ist, um etwaige neue Störungen der Ordnung zu vereiteln!

Die kommunistischen Putschversuche.

Demonstrationen und Zusammenstöße in Baden.

* Auch in einigen badischen Städten ist es gestern zu bedauerlichen Ausschreitungen verheerter und gewissenloser Elemente gekommen.

Wie die Presseabteilung des Ministeriums des Innern mitteilt, hatte sich das Ministerium aus Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim über verbrecherische Absichten der Kommunisten genötigt gesehen, alle Versammlungen unter freiem Himmel, Ansammlungen und Demonstrationen in der Woche vor Ostern in Halle zu untersagen, die dahin gingen, daß in Württemberg und Baden am Dienstag der Versuch gemacht werden sollte, den Generalfreistreit auszurufen. Wenn dieser Versuch Aussicht auf Erfolg haben sollte, sollte von den öffentlichen Gebäuden auf Erziehung des Besuchs ergriffen werden. Der kommunistische Führer Krabinger in Karlsruhe wurde bereits in der Frühe des gestrigen Tages mit 2 Begleitern, als sie mit Verbrechern von Flugblättern beschäftigt waren, festgenommen; es ist gerichtlicher Haftbefehl ergangen. Krabinger und der Führer der kommunistischen Jugendbewegung, Just, führten eine Armeepistole und 50 Schuß Munition bei sich.

In Mannheim fand der Versuch der Schutzmannschaft, einen Umzug der Kommunisten aufzulösen, Widerstand. Aus den Reihen der Kommunisten wurde auf die Schutzmannschaft geschossen. Darauf griff in der Nähe des Rosengartens die kasernierte Polizei ein. Zu ihrer Verteidigung mußte die Polizei von ihrer Waffe Gebrauch machen. Es gab hierbei 3 Tote.

Der Versuch, um 5 Uhr auf dem Marktplatz in Karlsruhe eine Demonstration zu veranstalten, wurde durch größeres Polizeiaufgebot verhindert.

Zu dieser Meldung der Presseabteilung des Ministeriums des Innern können wir noch folgendes berichten: Gegen 5 Uhr hatten sich etwa 300 Personen vor dem Karlsruher Rathaus versammelt, um gegen die Verhaftung des kommunistischen Stadtrats Krabinger zu demonstrieren. Einige der Demonstranten forderten die Freilassung Krabingers, einer Schlag vor, morgen in den Betrieben für die Einstellung der Arbeit zu wirken, bis Krabinger freigegeben sei. Ein Redner forderte einen Demonstrationsumzug vor das Ministerium des Innern. Da das Rathaus geschlossen war, mußten die Demonstranten außerhalb des Hauses bleiben. Die Polizei griff bald ein und einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Beamten gelang es bald, den Marktplatz im wesentlichen zu säubern. Ein Bierstel vor 6 Uhr traf eine Verstärkungstruppe der Polizei mit Stacheldraht und ausreichend bewaffnet ein, es gelang ihr zunächst, die Ansammlungen vollständig zu zerstören und in die Seitenstraßen zurückzudrängen. Einige Verhaftungen mußten vorgenommen werden.

Als nach Säuberung des Marktplatzes und nach Verstreuung der Demonstranten die kasernierte Polizei eben abrückte, drängten etwa 250 Demonstranten über den Marktplatz scharf auf den Eingang des Bezirksamtes. Aus der Menge der Demonstranten fielen Revolvergeschosse, gleichzeitig wurden die Demonstranten zum Angriff aufgehetzt. Da der Aufforderung der Polizei zur Räumung des Marktplatzes von den Demonstranten nicht Folge geleistet wurde, betrieb die Polizei die Demonstranten vom Marktplatz und den angrenzenden Straßen. Die Polizei (kasernierte und Polizei im Einzelfeld) wurde mit Handgranaten (darunter geballte Ladungen) und Revolvergeschossen empfangen, in der Kaiserstraße und in der Jägerstraße wurde sie auch aus Häusern beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer, Handgranaten wurden von ihr nicht geworfen. Die Polizei hatte keine Verluste. Auf Seiten der Demonstranten betragen die Verluste nach vorläufiger Feststellung 1 Toter und 5 Verwundete. Etwa um 10 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Auch bei dieser Gelegenheit mußte man wieder die bedauerliche Feststellung machen, daß das an den Demonstrationen und dem aufrührerischen Treiben der Kommunisten nicht beteiligte Publikum durch sein unverständiges Verhalten ganz erheblich zur Verschärfung der Schwierigkeiten beitrug. Immer wieder waren es Scharen neugieriger Zuschauer, die den Aufmarsch vergrößerten und der Aufforderung, sich zu entfernen garnicht oder nur widerwillig Folge leisteten. Daß sie damit lediglich eine Art freiwilliger Schutzmannschaft bilden, war den mühsigen Gassen aufeinander völlig gleichgültig. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß an den Ausschreitungen selbst, wie gewöhnlich bei derartigen Anlässen, fast durchweg unreihe Burschen beteiligt waren.

Am Laufe des Abends wurden der Marktplatz und ein Teil der Zugangsstraßen durch Drahtverhänge (sog. spanische Reiter) abgesperrt. Auch der Straßenbahnverkehr mußte zeitweise umgeleitet werden.

Aber die Aufrührer in Mannheim wird gemeldet: Gestern nachmittag gegen 14 Uhr kam es zwischen kommunistischen Demonstranten und der Polizei zu einem folgenschweren Zusammenstoß, bei dem 3 Tote und 5 Verletzte auf dem Platze blieben. Von 2 Uhr an sammelten sich auf dem Marktplatz über dem Radar in der Hauptsache jüngere Leute, die in vier kleinen Gruppen, mit roten Fahnen an der Spitze, nach dem Marktplatz zogen und dort revolutionäre Reden hielten. Als die Demonstration bereits beendet schien, kam gegen 14 Uhr eine fünfte Gruppe an, die sich an die Spitze setzte und die Demonstranten, im ganzen etwa 200 Personen, darunter eine Anzahl blutjunger Mädchen, veranlaßte, durch die Breite Straße und die Klanten zu ziehen. Als der Zug auf dem Strohmack anlangte, stellte sich den Kommunisten ein Schutzmannsaufgebot entgegen, das die Leute in die Nebenstraßen zwischen C, B, 4, 6 drängte. An der Ecke zwischen B 5 und Q 5 wurde plötzlich aus den umliegenden Häusern auf die Schutzmannschaft geschossen. Verschiedene Burschen zogen Revolver. Darauf machte die Polizei von ihren Waffen Gebrauch. Es kam zu einem hand-

gemenge, wobei mehreren Schülern die Waffen entzogen wurden und 4-6 Beamte mißhandelt wurden. Als die Menge auseinander getrieben war, lagen 8 Tote und 5 Schwerverletzte auf der Straße. Von den Toten sind zwei verheiratet, einer ist aus Mannheim, der andere von Ludwigshafen und der dritte aus Frankenthal in der Pfalz. Die Toten und Verletzten wurden in das nahegelegene Krankenhaus gebracht. Zwei haben Lungenschüsse, einer einen Gefäßschuß, der vierte einen Unterleibschuß und dem fünften mußte ein Bein amputiert werden. Das Viertel wurde durch ein starkes Polizeiaufgebot, das durch die grüne Polizei verstärkt wurde, abgesperrt.

Aus Freiburg berichtet der „Volkstreue“ vom Dienstag: Durch kommunistische Flugblätter aufgefordert, fanden sich heute nachmittag auf dem Karlsplatz etwa 250 Personen zusammen, um durch eine Versammlung unter freiem Himmel für die Aufrührerischen in Mitteldeutschland zu demonstrieren. Auf Grund des neuesten Erlasses des badischen Ministeriums des Innern, der Versammlungen unter freiem Himmel mit dem Hinweis auf einen Passus der Reichsverfassung verbietet, hatten starke Sicherheitsposten der uniformierten Polizei unter Leitung des Polizeikommissars Biesel den Platz im ganzen Umkreis besetzt. Da unter diesen Umständen die Abhaltung der Versammlung auf dem Karlsplatz ausichtslos erschien, begaben sich auf die Einladung eines Kommunistenführers die Teilnehmer in zwanglosen Trupps nach der Inselrauerlei. Unter den Angeammelten befanden sich viele Neugierige, die der Aufforderung, in einem geschlossenen Lokal der Versammlung beizuwohnen, keine Folge leisteten, sondern sich friedlich verhielten. Dank der besonnenen und tatkraftvollen Haltung der Polizei kam es zu keinen weiteren Zwischenfällen.

In der vergangenen Nacht kam es, wie wir schon erfahren, in Ettlingen zu einem Zwischenfall, durch den aber die Allgemeinheit nicht direkt berührt wurde. Etwa 12 Insassen des dortigen Reservelazarett waren in die Polizeiwache eingedrungen, wo es ihnen gelang, die wenigen anwesenden Beamten zu entlassen und die Telefonleitung zu zerstören. Ein Versuch, in das Bezirksamt und das Postamt einzudringen, mißlang. Die Täter sind flüchtig und werden von der Gendarmerie verfolgt.

PA. Nach den heute vorliegenden Meldungen ist die Lage im Lande ruhig. In Konstanz hat lediglich eine Versammlung von etwa 200 Personen stattgefunden, die aber ohne Störung wieder auseinander ging. Auch aus Mannheim werden keine weiteren Unruhen gemeldet.

Die Lage in Berlin.

Die Verhinderung der Kommunisten und Arbeitslosen, die Wiederaufnahme der Arbeit nach den Feiertagen zu verhindern, sind nach einer vom Dienstag datierten Wittermeldung aus Berlin in der Reichshauptstadt ohne Erfolg geblieben. Die Unruhestifter sind in einige Betriebe eingedrungen, aber von den Arbeitern hinausgeworfen worden. Auch die „Annohrensche“ Arbeit für alle Fälle sind in der Stadt weitgehende Vorkehrungen getroffen und z. B. das Regierungsviertel abgesperrt worden. Die preussische Regierung ist überzeugt, daß sie binnen kurzem der Unruhe Herr werden wird, ohne daß die Reichswehr in Anspruch genommen zu werden braucht. Es ist bisher auch in der Provinz noch keine Reichswehr eingesetzt worden. Nach einem weiteren Bericht aus Berlin machen sich überall kleinere und größere Trupps bemerkbar, die in die Betriebe eindringen und die Arbeitswilligen zum sofortigen Streik zu bewegen suchen. In einzelnen Betrieben wurden sie von der Polizei verjagt und die Räteführer festgenommen. Ein größerer Demonstrationsumzug, der von Reichenbach nach dem Süden marschieren wollte, wurde aufgehalten. In den Ladengeschäften in Wilmanns wird gestreift. In den Betrieben der A. G. in der Gutfahrtstraße und bei Roede & Co. kam es bei der Abstimmung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Bei Annohrensche in Köpenick haben gegenwärtig alle kommunistischen Elemente die Arbeitshütten verlassen. Sie haben gedroht, mit Verhaftungen wiederzukommen und die Betriebe mit Gewalt still zu legen.

Aus Mitteldeutschland

Liegen zahlreiche Berichte vor, deren wesentlichsten Inhalt wir im nachfolgenden wiedergeben. U. a. teilt die Meldestelle beim Oberpräsidium in Magdeburg vom Dienstag mit, Oberst von Rostkötze habe bei seinem Vormarsch in das Aufbruchgebiet Schiffschifferei erreicht und dabei große Beute erbeutet: 64 Gefangene, 2 Lastkraftwagen, 1 Anhängewagen, 2 schwere Maschinengewehre und 30 Gewehre. Die Gefangenen aus Sangerhausen und Querfurt wurden von ihnen befreit. Die nach Langhals unternommene Aktion ist ebenfalls erfolgreich verlaufen. Zwischen Leipzig und Marktsdorf wurde ein kommunistischer Verbindungsfahrer festgenommen mit einem Ausweis aus Rostau. Die Lage in Erfurt ist ruhig, ebenso in Sömmerda und Sulz. Die Unruh. Partei in Erfurt ließ vormittags Flugblätter verteilen, in denen bringend vor einer Beteiligung an einem etwaigen Streik gewarnt wird. In Wetzlar hatte sich vorgestern eine kleine Bande von ungefähr 30 jungen Leuten in dortigen Rathaus festgesetzt und Plünderungsversuche unternommen. In Jöhrenwisch wird noch gestreift. Die Rothfahnenarbeiten werden vernichtet. Die Streikenden sollen verjagt haben, die Zeitung nach Berlin abzuschneiden, was ihnen aber nicht gelungen ist. In Borna hat eine Betriebskonferenz stattgefunden, in der sich nur die Kommunisten für den Streik, alle anderen gegen den Streik ausgesprochen haben. Die Mehrzahl der Arbeiter will sich mit Macht gegen den Terror wenden. In Gersdorf und Mansfeld herrscht Ruhe. Die Bergleute haben geäußert, daß sie am Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Von Eisleben aus sind die Orte Schönburg und Krugshütte gesäubert worden. Die nähere Umgebung von Eisleben ist frei. In Bitterfeld haben ungefähr 50 junge Leute von Holzschlag kommend, versucht, bei einem Besizer Pferde zu „requirieren“, weil ihr Auto unbrauchbar war. Die Arbeiterschaft von Bitterfeld ist zum überwiegenden Teil gegen den Streik. In Gera herrscht Ruhe, doch ist die Lage gespannt. In Magdeburg herrscht vollkommen Ruhe.

Infolge der Sprengung der Straßenunterführung kurz hinter Ammendorf ist der „Galk Hg.“ zufolge der Verkehr auf der Thüringer Straße lahmgelegt. Auf der Straße Leipzig-Corbetha ist der Verkehr wegen der Beschädigung der dort fahrenden Brücke durch die Aufständischen eingestellt worden. Die Brücke von Berlin nach Süddeutschland werden über Bitterfeld, Leipzig und Jena geleitet. Zwischen Bitterfeld und Leipzig verkehren Anstaltszüge. Die Straßen Dürrenberg-Merseburg und Schlettau-Merseburg sind gleichfalls gesperrt. Auf der Straße Halle-Eisleben-Kassel ruhte gestern noch der Verkehr. Der Jägerverkehr von Halle nach Nordern wird durch Umleiten aufrechterhalten.

Nach Berliner Wittermeldungen wurde eine etwa 500 Mann starke kommunistische Bande, die gestern den Anschlag auf die Eisenbahnbrücke bei Ammendorf machte und dadurch

den Jägerverkehr nach Thüringen unterbrach, in der Nähe von Ammendorf festgenommen. Der Führer der Bande trug russische Uniform, ein Teil der Bande russische Militärärmel. Am Bahnhof wurde ein militärisch organisiertes Büro mit Karten und Plänen aufgefunden aus dem die militärische Organisation des Auftrages unüberleglich hervorging. Ammendorf ist gesäubert.

Aus Merseburg berichtet das M.A.B. unterm 20.: Heute morgen in früher Stunde wurde das Leinawert genommen. Dem mutterhaft gut durchgeführten Angriff wurde zunächst heftiger Widerstand geleistet. Erst als ein das Wert umgebender hoher Bretterzaun durch stürmende Truppen des Grafen von Bismarck überwunden war und hinter diesem Widerstand der Aufständischen nach. Ein Entkommen war für die Eingeschlossenen unmöglich, da von Norden die Gruppe Merseburg, vom Süden eine kombinierte Truppe Goebbrig das Wert eingeschlossen hatten und außerdem die Brücke über die Saale durch Lastwagen mit bewaffneten Mannschaften gesperrt war. Sämtliche Gruppen, die an der Unternehmung beteiligt waren, standen unter der Leitung des Oberst Klueffer. Es wurden bisher 100 Gefangene gezählt. Die Beute an Material ist sehr groß.

Die Kommunisten in Gotha haben am Samstag die Gefangenen, die noch seit März sich in Untersuchungshaft befanden, aus dem dortigen Landesgefängnis befreit. Unter den Befreiten befindet sich der Würder des Leutnants Schmidt aus Erfurt. Im ganzen haben die unter Drohungen in das Gefängnis eingedrungenen Kommunisten 31 Gefangene in Freiheit gesetzt, darunter auch Sittlichkeitsverbrecher und wegen anderer schwerer Delikte angelegte Personen. Die Lage in Gotha ist sehr unklar. Für Dienstag sind große Demonstrationen vorgesehen. Das Gas, das seit zwei Tagen abgesperrt war, ist seit Montag früh wieder angeht. Den elektrischen Strom liefert das Kraftwerk Breitung.

In Sulz wurde gestern vormittag mit einschüderer Mehrheit der Generalfreist. Alle Betriebe ruhen. Die Zeitungen können nicht mehr erscheinen.

In Sangerhausen sind 150 württembergische Freiwillige der württembergischen Reichswehr eingetroffen. Sie ihrer Ankunft in Sangerhausen wurden sie, nachdem sie kaum den Zug verlassen hatten, von den Aufrührern, die sich in den umliegenden Gebäuden und auf der über den Bahnhof führenden Brücke verborgen hatten, überrascht und mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer empfangen. Der Bahnhofsper wurde an beiden Bahnhöfen von den Aufrührern gesprengt. Der Rüsturm war mit Maschinengewehren besetzt. Bei dem Überfall wurde ein Lokomotivführer aus Stuttgart getötet. Außerdem wurden 24 Mann der Reichswehr verwundet. Dem Überfall schloß sich ein etwa 4 Stunden andauerndes Gefecht an, in dessen Verlauf der Bahnhof und die dazu gehörenden Gebäude in den Händen der Württemberger blieben. Die Aufrührer benutzten Dum-Dum-Geschosse.

In der Nacht auf Dienstag sind in Dresden nach einer Wittermeldung 92 Kommunisten, und zwar 78 Männer und 14 Frauen, verhaftet worden. Diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit den Aufstandsbewegungen in Mitteldeutschland, die nach zuverlässiger Mitteilung auf ganz Sachsen ausgedehnt werden sollte, mit dem ausgesprochenen Ziel des gewaltsamen Verfassungsturnes. Die Verhaftungen erfolgten in mehreren Lokalen der Stadt, in denen geheime Versammlungen zur Vorbereitung der letzten Vorbereitungen stattfanden. Die Hauptbetriebe und ihr Anhang wurden von Polizeibeamten festgenommen und in Lastautomobilen dem Polizeipräsidium zugeführt.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist es ebenfalls zu blutigen Zusammenstößen gekommen, doch scheinen die Unruhen abzuklingen. Nach zuverlässigen Nachrichten wurden bei dem Zusammenstoß in Essen mit Angehörigen der Schutzpolizei 3 von diesen und 11 Demonstranten getötet und 10 Angehörige der Schutzpolizei und 38 Demonstranten verwundet. Gestern nacht wurde der Aufnahmestrand verhängt.

Die Lage ist laut M. A. B. folgende: In den östlichen Industriebezirken sind die Belegschaften fast aller Zechen fast vollständig eingezogen. Nur in einzelnen Betrieben wird gestreift, so in Gamm, Nord-Bosum, Wattenfeld und Gelsenkirchen. In Essen ist die Stimmung der Arbeiter ruhiger geworden. Die Zahl der eingezogenen Knappen hat sich bedeutend erhöht. Im Duisburger Gebiet und auf der linken Rheinseite sind die Belegschaften überhaupt nicht eingezogen. Die Arbeit ruht dort vollständig. In der Kruppischen Fabrik sind die Arbeiter heute fast vollständig erschienen. Sie verlangen, ungeführt arbeiten zu dürfen und haben Vorkehrungen getroffen, um den Aufständischen zu begegnen. Das Straßenbild ist völlig normal. Die Straßenbahn verkehrt wie gewöhnlich.

In Dortmund haben fast alle Werke die Arbeit wieder aufgenommen. Von Geseleberg zurückkehrende Reisende sagen übereinstimmend aus, daß der Bahnhof von Geseleberg von den Kommunisten besetzt ist. Zwei Maschinengewehre sind am Eingang des Bahnhofstunnels aufgestellt. Die Kommunisten besetzen Lastautos und Maschinengewehre.

Die Schutzpolizei von Weimann berichtet am Dienstag auf eine Anfrage: Gestern morgen war die Stadt Mettmann von 500 bis 600 Spartakisten besetzt worden, die bis an die Zähne bewaffnet waren. Unter Drohungen mit Geschossen und Sprengung des Gebäudes wurde der Vorstand der Reichsbank gezwungen, eine halbe Million Mark herauszugeben. Sämtliche Polizeibeamten wurden festgenommen und entwaffnet. Der Telefonverkehr wurde lahmgelegt, und die Straßenbahnen durften nicht verkehren. Auf die Hilferufe der Stadtverwaltung rückten gegen 4 Uhr nachmittags 60 Beamte der ersten Hundertschaft der Schutzpolizei in Willems-Mühl in Mettmann ein und besetzten das Rathaus, die Post und die Reichsbank. Obgleich bei dem Eintreffen der Schupo ein lebhaftes Gewehrfeuer einsetzte, hatte die Schupo keine Verluste. Der Führer der Spartakisten, Seiler, der von einer Spartakistenversammlung kam, sollte in seinem Automobil verhaftet werden. Auf Anruf der Schupo hielt das Automobil aber nicht still. Seiler schloß vielmehr auf die Beamten. Hierauf eröffnete die Schupo ein Feuer gegen das Automobil, wobei Seiler erschossen wurde. Heute ist in der Stadt alles ruhig. Der Telefonverkehr, der gestern ruhte, ist wieder freigegeben worden. In den Fabriken wird überall gearbeitet. Der Eisenbahnverkehr verläuft in normalen Grenzen. Nur die Züge nach Letmathe müssen über Wülfrath geleitet werden.

Beratungen des Reichskabinetts.

Die Lage im mitteldeutschen Aufbruchgebiet und im übrigen Deutschland ist gestern in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten auf Grund der erhaltenden Berichte eingehend erörtert worden. Die Aktion in Mitteldeutschland wird durch die Schutzpolizei scharf und energisch durchgeführt. Das Militär ist dabei verfügsbereit. Aber seinen etwa

notwendig werden. Einmal wird nach der weiteren Entwicklung der Lage entschieden werden. — Zur Aburteilung der mit der Aufbruchbewegung zusammenhängenden zahlreichen Straftaten sind durch Verordnung des Reichspräsidenten außerordentliche Gerichte eingesetzt worden, die das beschleunigte Aburteilen der in großer Zahl verhafteten Personen zur Entlastung der ordentlichen Gerichte zur Aufgabe haben. Die außerordentlichen Gerichte sind mit Zivilberufspräsidenten besetzt und sind zuständig für die schweren Straftaten wie Hochverrat, Aufruhr, Sprengstoffvergehen, Gewalttaten usw. Sie urteilen nach einem in dieser Verordnung in einzelnen, geregelten, vereinfachten, progressiven Verfahren. Sie werden in den nächsten Tagen ihre Tätigkeit beginnen.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung hat dem Vorsitzenden des Reichskommisars beigegebenen parlamentarischen Beirates des Reichstages mitgeteilt, daß Reichsregierung und preussische Regierung mit dem Oberpräsidenten von Magdeburg der Ansicht sind, daß freiwillige Ablieferung von Waffen seitens der Aufständischen keine Straffreiheit auslöst. Die Reichsregierung hält strengste Maßnahmen gegen die Aufständischen für geboten.

Wo sind die kommunistischen Führer?

Unter dieser Überschrift schreibt der sozialdemokratische Karlsruher „Volksfreund“:

„Die deutschen kommunistischen Führer haben wieder einmal — diesmal in Mitteldeutschland und an der Wasserfront — proletarisch in den Tod und ins Verderben gehetzt. Dort, wo geschossen wurde, war keiner zu finden, nicht einer von ihnen ist unter den Kämpfenden, geschweige denn unter den Verwundeten oder Toten.“

Bei Beginn der deutschen Revolution, als die ersten Straßenkämpfe in Berlin ausgeführt wurden, veröffentlichte ein parteigenössischer Dichter Verse, in denen er darauf hinwies, daß unter den Opfern der kommunistischen Sache kein einziger der großmütigen Führer zu finden war. Damals und auch heute noch empören und empören sich unsere Kommunisten über dieses Gedicht Arthur Dillers und beschuldigen ihn, zur Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aufgefordert zu haben. In Wirklichkeit wollte er nur die Freigabe aller der sogenannten kommunistischen Führer schildern, die mit blutrünstigen Strafen ihre Anhänger in den Tod jagten.

Im Augenblick wird wieder im mitteldeutschen Industriegebiet und an der Wasserfront gekämpft. Die kommunistischen Mütter haben mit ihrer wochenlangen mühsamen Suche Erfolge gehabt, sie können ihren Auftraggebern in Moskau die ersten Namen melden. Interessant ist in diesem Augenblick höchster Spannung festzustellen, wo sich die kommunistischen Führer befinden. Wir benutzen hier ein Aufschlagsverzeichnis, das die Berliner „Freiheit“ veröffentlicht. Nach ihm befinden sich Kurt Geier in Moskau, Otto Braß und Wilhelm Koenen auf dem Wege dorthin und Fritz Sedert ist ihr Begleiter. Paul Lewi befindet sich im Ausland und von Däumig ist weit und breit nichts zu hören und zu sehen. Wie 1919, so ist es auch heute, die kommunistischen Führer rufen zum Kampfe und wenn es so weit ist, ist keiner dabei.“

Politische Neuigkeiten.

Ein neuer Gewaltakt in Oberschlesien.

Nachdem die Truppen der Interalliierten Kommission tagelang untätig dem politischen Terror gegen die Deutschen ausgesetzt haben, ist endlich durch die Verhängung des Belagerungszustandes der Aufstand erwidert worden, als ob den polnischen Gewalttaten ein Ende gemacht werden wird, aber nur der Anschein, denn zu diesem Belagerungszustand sind Ausführendbestimmungen erlassen worden, die statt erhöhter Schüsse eher erhöhte Schußkraft für die deutsche Bevölkerung bedeuten. Der nachfolgende Aufruf des Verbandes Heimattreuer Oberschlesier, Zentrale für Oberschlesien, gibt darüber vollen Aufschluß:

„Die Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes und der südlichen Bezirke durchlebt solchen schweren Tage des Jammers und Elends. Viele Hunderte von Waisenkindern und Verwundeten mühen sich in Sicherheit bringen und das und Gut verlassen. Der Fürsprecher dieser gequälten Oberschlesier in ihrer Not war der Verband Heimattreuer Oberschlesier, der zahlreiche Klagen von Personen, die zu angiltlich waren, um eigene Schritte zu unternehmen, sammelte und an die zuständigen Instanzen weitergab. Nun haben die Nachbarn des Landes eine Bestimmung erlassen, in der es wörtlich heißt:

„Kein Kommissariat, kein Verband ist mehr zur Vertretung der oberschlesischen Bevölkerung gegenüber den Behörden berechtigt, und es ist solchen Organisationen untersagt, sich öffentlich an die Bevölkerung zu wenden oder in ihrem Namen aufzutreten.“

Damit ist dem Verband Heimattreuer Oberschlesier jede Mitteilnahme für die unglücklichen Flüchtlinge untersagt. Weiter heißt es in der amtlichen Verordnung an anderer Stelle:

„Beamte und Angestellte der öffentlichen Verwaltungen oder der Polizei, welche bis zum 25. März abends nicht wieder auf ihrem Posten sind, werden vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt, welches gemäß Artikel 5 des Gesetzes vom 24. März 1921 gebildet ist.“

Nach herrscht in diesen Bezirken polnische Gewalt, so daß die Beamten vor der Wahl stehen: Kriegsgericht oder polnischer Terror!

Wir unterlassen weitere Bemerkungen, stellen lediglich diese Tatsachen fest und bitten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diese Vorgänge zu lenken.“

Der Belagerungszustand in Oberschlesien ist auf den Kreis Mysłowitz (Stadt und Land) ausgedehnt worden. Das Mysłowitzer und Pleßer Gebiet ist dem italienischen Obersten Salsoni unterstellt worden. Zur Abhilfe und Befreiung ist ein außerordentliches Gericht mit dem Sitz in Lubitz unter dem Vorsitz eines englischen Kapitäns gebildet worden.

Infolge des über die Kreise Katowitz, Beuthen, Pleß und Mysłowitz verhängten Belagerungszustandes ist anscheinend eine leichte Beruhigung eingetreten. Vereinzelt laufen noch Meldungen über Gewalttaten ein, deren Opfer zum Teil deutsch gekleidete Beamte und Arbeiter sind, die zum Teil schwer verletzt wurden.

Das Urteil im Prozeß Kessel.

Die Freisprüche in den militärischen Prozessen haben sich, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, wieder um einen vermehrt: auch im Weinsprozeß gegen den Hauptmann a. D. Kessel haben die Geschworenen auf nichtschuldig des Meinschuld und der Anstiftung zur unerlaubten Entführung des Oberleutnants Marloh erkannt. Auch abermals ist dem Weinschuldigen nicht Genüge geschehen. Willeitig tritt hier der Vorwurf weniger das Gericht. Denn die Sache hatte sich schließlich auf formjuristische Ausdeutungen zugespitzt, darauf ob Kessel gerade zu der Zeit, als er vor dem Untersuchungsrichter seine Nichtkenntnis von dem Verbleib Marlohs eidlich bekundete, davon noch genau Kunde hatte

oder etwas früher oder später, und ob er Marloh zur Flucht „angezettelt“ oder sie ihm nur nahegelegt hatte. Die Entscheidung hing davon ab, welchen Wert man dem Hauptbelastungszeugen Pfarrer Kump beilegte. Die Geschworenen haben sich hier anscheinend nicht mehr zurechtgefunden, und so ist für den Wahrspruch die persönliche Stimmung entscheidend gewesen. Marloff aber ist Kessel nicht erklüppelt worden. Er sowohl wie sein Adjutant Hofmann haben den Untersuchungsrichter irreführt, und sie haben alles getan, um den gesuchten Marloh, der den verhängnisvollen Befehl zur Erschießung der 29 unschuldigen Matrosen gegeben hatte, der gerichtlichen Verfolgung zu entziehen. Sie haben ihn zur Unterzeichnung unrichtiger Protokolle veranlaßt, und Kessel hat ihm größere Geldmittel für die Flucht zur Verfügung gestellt und noch größere angeboten. Das sind gewiß Belastungen genug. Ob und wie weit sie dabei im bestimmten oder vermeintlichen Auftrag von Vorgesetzten gehandelt haben, das ist leider nicht aufgeklärt worden. Daß aber die Unterdrückung einer Rechtsverfolgung, wenigstens zeitweise, versucht worden ist, und daß Herr v. Kessel dabei eine sehr aktive Rolle gespielt hat, das steht zweifellos fest, und der Verdacht liegt nahe, daß er dafür sehr persönliche Gründe gehabt hat, die mit jener Matrosen-Erschießung eng zusammenhängen. Es ist ja nie klar gestellt worden, von wem eigentlich die Weisung, die Marloh zu seinem verhängnisvollen Vorhaben veranlaßte, ausgegangen ist. So fehlt für jene unheilvolle Tat jegliche Sühne — ein Ergebnis, das für das Ansehen der Rechtspflege höchst unerfreulich ist.“

Eine amerikanische Note an die Entente.

Die „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, hat das Staatsdepartement die verbündeten Mächte davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten an allen Regelungen und Abmachungen im Verlaufe des Krieges Anteil haben und daß diese als unvollständig betrachtet werden müssen, solange Amerika sie nicht gebilligt hat. In der Note werden die Alliierten davon verständigt, daß Amerika sich nicht nur das Recht vorbehalt, jeder Abmachung, an der es interessiert sei, seine Zustimmung zu geben, sondern es wird auch mit Nachdruck zur Kenntnis gebracht, daß die Vereinigten Staaten gewissen Abmachungen niemals zugestimmt haben und daß ihre Zustimmung für deren endgültige Festsetzung unentbehrlich sei.

Erkönig Karl in Ungarn.

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbüro teilt laut „N. Fr.“ mit, daß Erzherzog Karl am Ostermontag Nachmittag unerwartet in Budapest eingetroffen ist und den Reichsverweser Károlyi besucht hat. Nach einer kurzen Besprechung hat der Erzherzog dem Botschafter des Reichsverwesers und der in Budapest weilenden Parteiführer entsprochen, die Hauptstadt wieder verlassen. Die ungarische Regierung hat Verfügungen getroffen, damit die Rückkehr Erzherzogs Karl nach einem neutralen Staate ermöglicht wird.

Wie die Wiener offizielle politische Korrespondenz hierzu mitteilt, hat der Erzherzog den ungarischen Boden noch nicht verlassen. Er ist nach Stein am Anger gereist und beabsichtigt, dort zu bleiben. Der westungarische Grenzort Stein am Anger ist der Sitz der Division des ungarischen Obersten Behar, wo 15 000 Mann ungarische Truppen konzentriert sind. Die österreichische Regierung hat im Laufe der gestrigen Abendstunden energische Maßnahmen getroffen, um den Grenzschutz in Nord-Ostreich und Steiermark zu verstärken.

Die Wiener „politische Korrespondenz“ berichtet über den Aufenthalt des Königs Karl in Ungarn: Am Sonntag traf der König in Stein am Anger ein und stieg bei dem dortigen Bischof ab. Der eingetroffene ungarische Ministerpräsident Keleti und Oberst Behar versuchten, den König von seiner Abreise abzubringen. Dieser fuhr jedoch am Ostermontag mit Krawatzken nach Budapest. Die ungarische Regierung vermehrte, den König zur Rückkehr zu bewegen. Der König beschloß jedoch bei seiner Rückkehr, im Lande zu bleiben und soll jetzt in Stein am Anger sein. Der französische Botschafter in Budapest hat informell erklärt, daß die Alliierten eine Rückkehr des Königs Karl auf den ungarischen Thron nicht zulassen könnten. Die Regierung der österreichischen Republik hat Botschaften in die Richtung dieser Vorgänge auf Österreich zu verhindern.

Hardings Botschaft über den Weltfrieden.

Wie die Schweizerische Depeschagentur aus Washington meldet, soll nach einem Bericht des in allgemeinen unterrichteten „Philadelphia Public Ledger“ Präsident Harding die Absicht haben, in der zum 11. April einberufenen außerordentlichen Tagung des Kongresses eine Botschaft zu verlesen, worin er das Problem des Weltfriedens aufrollen und eingehender behandeln will. Diesmal werde er mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß er zu dem Frieden, wie er durch die gegenwärtigen Verträge und Abmachungen verkörpert werde, kein Vertrauen habe, weil diese nicht geeignet seien, die Völker zu beruhigen. Es seien auf die eine oder andere Weise neue Abmachungen für die beiden Völkerguppen anzustreben. Wenn die amerikanischen Truppen gegenwärtig noch am Rhein belassen würden, so wolle Amerika damit den Beweis erbringen, daß es sich noch immer durch die die Abklärung des Waffenstillstandes getroffenen Abmachungen verpflichtet halte. Ein neuer Friedensvertrag, der auf dem durch die Waffenstillstandsbedingungen geschaffenen Boden aufzubauen wäre, könne nur auf dem Wege der gegenseitigen Aussprache zustande kommen, an der die früheren Zentralmächte sich zu beteiligen hätten. Die dann einubernehmende Friedenskonferenz müsse eine öffentliche sein. — Die Botschaft erwähne noch verschiedene Einzelheiten, denen in amerikanischen Kreisen größere Bedeutung zugemessen werde, so u. a. auch die Verteilung der früheren deutschen Kolonien, sowie anderer Gebiet, die durch den Friedensvertrag den alliierten Mächten zugefallen seien. Auch hier müsse eine Neuregelung angestrebt werden.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Bisanz in New York.** Nach der Sabas-Beldung aus New York ist der Abgeordnete Viviani gestern in New York angekommen. Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Washington über die Mission Vivianis: Harding wird Viviani erst am Mittwoch empfangen. Viviani wird dann den Plan, den die französische Regierung ausgearbeitet habe, um die Vereinigten Staaten zur Ratifikation des Vertrages von Versailles und zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, vorbringen. Harding wird den Vorschlag mit Aufmerksamkeit und Sympathie anhören, es sei aber zweifelhaft, ob der Präsident irgendwelche endgültige Zusicherungen geben werde.

* **Die Kämpfe in Kleinasien.** Die Agence Gasas verbreitete nach einem Telegramm aus Athen einen Bericht über die Operationen der griechischen Truppen in Kleinasien, aus dem zu entnehmen ist, daß die griechischen Truppen die Nationalisten bis zur Küste der Arabi-Halbinsel, 8 Kilometer westlich von Atsum Sarahgar, zurückgeworren haben. Die Verluste der Griechen sind unbedeutend. Auch die Nordgruppe hat ihren Vormarsch fortgesetzt. Die Türken scheinen sich diesen Gruppen gegenüber stark verhalten zu haben.

Badische Uebersicht.

Das Ertragssteuergesetz.

P. A. Dem badischen Landtag ist der Entwurf des Ertragssteuergesetzes zugegangen. Das Ertragssteuergesetz soll an die Stelle des Vermögenssteuergesetzes treten, das infolge der Reichssteuergesetzgebung vom 1. April 1920 an nicht weiter gelten kann. Das Ertragssteuergesetz will diejenigen Vermögenswerte erfassen, die nach dem Landessteuergesetz das Land noch besteuern darf, nämlich das Grundvermögen (Grundstücke und Gebäude) und den Gewerbebetrieb. Mit dem Vermögenssteuergesetz ist es insofern wesentlich gleich, als es wie dieses dazu bestimmt ist, neben einer allgemeinen Einkommensteuer (jezt Reichseinkommensteuer), die ohne Rücksicht auf die Quelle alle Einkommen gleich erfaßt, dasjenige Einkommen stärker zu treffen und voraus zu belasten, das aus Vermögensbesitz fließt. Das Ertragssteuergesetz unterscheidet sich dagegen vom Vermögenssteuergesetz hauptsächlich dadurch, daß es das Kapitalvermögen nicht erfaßt — das Kapital wird durch die Reichskapitalertragsteuer besteuert — und daß ein Abzug der Kapitalschulden nicht mehr möglich ist; die Vermögenssteuer war eine Subjektsteuer, die die persönliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen konnte, die Ertragssteuern dagegen sind Objektsteuern die nach ihrem Wesen von der persönlichen Gesamtlage des Wirtschaftssubjekts absehen müssen.

Für die Ausgestaltung der Ertragssteuern läßt das Landessteuergesetz verschiedene Möglichkeiten; die Steuern können veranlagt werden nach Merkmalen des Werts, des Ertrags, der Ertragsfähigkeit oder des Umfangs des Grundvermögens oder Gewerbebetriebs. In dem Entwurf ist wie im bisherigen Vermögenssteuergesetz und bei den früheren Ertragssteuern vor Einführung der Vermögenssteuer die Versteuerung nach dem Wert beibehalten. Beim Betriebsvermögen wird dies, wie bisher, hauptsächlich der laufende gemeine Wert sein, bei den Grundstücken und den Gebäuden dagegen handelt es sich durchweg um die alten Vermögenssteuerwerte. Da diese nicht mehr zeitgemäß sind, wäre eine Neuschätzung sehr erwünscht. Dies ist aber aus verschiedenen, in der Begründung zum Entwurf dargelegten Gründen nicht möglich. Um nun zwischen den laufenden (Papiermarkt-) Werten des Betriebsvermögens und den alten (Goldmarkt-) Werten des Grundvermögens einen Ausgleich zu schaffen, soll das Grundvermögen entsprechend der Geldentwertung mit einem höheren Steuerfuß belegt werden, als das Betriebsvermögen. Bei allen Steuerwerten soll von je 100 M. zunächst ein gleichmäßige Steuer von 20 Pf. erhoben werden; dazu soll jeweils durch Finanzgesetz ein Zuschlag von 10 Pf. bis zu einer Mark festgesetzt werden können. Die Zuschläge nehmen bei den einzelnen Steuerobjekten Rücksicht auf deren steuerliche Bewertung, auf die Wirtschaftslage des betreffenden Steuerobjekts, auf seinen Ertrag und seine Ertragsfähigkeit.

Im einzelnen sieht der Entwurf mehrere Änderungen gegenüber dem Vermögenssteuergesetz vor; dazu gehören hauptsächlich folgende: Die bisherige Ermäßigung des Steuerwertes landwirtschaftlich genutzter Grundstücke um 20 bis 25 v. H. fällt weg; die Steuerwerte der Waldungen, die über 10 Hektar groß sind und in langjährigem Umtrieb bewirtschaftet werden, erhalten im Hinblick auf ihren großen Holz- und Kapitalreichtum bestimmte Zuschläge. Gewerblide und landwirtschaftliche Betriebsvermögen werden grundsätzlich gleich behandelt, die Steuerfreiheit des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens bis zu 25 000 M. und die Ermäßigung bei Betriebsvermögen über 25 000 M. wird daher aufgehoben mit Rücksicht auf die Geldentwertung wird die steuerfreie Grenze beim Betriebsvermögen von 1000 M. auf 5000 M. erhöht; die ursprüngliche Absicht, die Zuschläge bei dem großen Betriebsvermögen künftig zu unterlassen, mußte aus verschiedenen im Entwurf näher dargelegten Gründen wieder aufgehoben werden; im Hinblick auf die Geldentwertung sind aber die Stufen für die Einreihung der Betriebsvermögen in die verschiedenen Zuschlagsstufen wesentlich erweitert worden. Zur Förderung des Wohnungsbaues sollen neue Wohngebäude unter bestimmten Voraussetzungen 10 Jahre lang steuerfrei bleiben. Zur Erleichterung der Lage der Hausbesitzer und der Verpächter von Grundstücken soll unter bestimmten Voraussetzungen ein Teil der vorgesehenen Steuererhöhung den Mietern und Pächtern angerechnet werden dürfen. Die Steuer soll künftig eine Jahressteuer sein; Abgänge und Nachträge sollen daher unterbleiben; wo sich bei diesem Verfahren aber besondere Härten ergeben, ist der Erlass oder die Erstattung der Steuer vorgesehen. Dieser Ausgleich soll auch eintreten, wenn der Ertrag in besonderem Mißverhältnis zum Wert des ertragsgebenden Steuerobjekts steht, oder wenn ein Ertrag überhaupt fehlt. Im übrigen macht es die Reichssteuergesetzgebung, insbesondere die Anwendung der Reichsabgabenordnung auf das Ertragssteuergesetz notwendig, für Veranlagung, Erhebung und Beitreibung, für das Rechtsmittel und Strafverfahren mit wenigen Ausnahmen andere Grundzüge gelten zu lassen, als dies bisher in Baden der Fall war.

Der Haushaltsausschuß des Landtags wird bereits in den ersten Tagen des April die Beratung des Gesetzesentwurfs aufnehmen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

L.P.D. Heibelsberg, 29. März. Am Ostermontag, Vormittag bezeichnete der Erdbeschwörer der Landessternwarte ein ziemlich kräftiges Fernbeben. Der erste Einschlag erfolgte 9 Uhr 2 Minuten, der zweite 9 Uhr 12 Minuten, während die langen Wellen 9 Uhr 27 Minuten eintraten. Die stärksten Bewegungen erfolgten 9 Uhr 35 Minuten, während das Ende etwa um 10 Uhr 30 Minuten stattfand. Die Entfernung des Herdes beträgt etwa 9000 Kilometer.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat den bisherigen Leiter des städtischen Wohnungsamts Freiburg, Dr. Emil Wehrle zum Geschäftsführer des Landesamts für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe ernannt.

Das Justizministerium hat unterm 29. Januar d. J. den Oberjustizsekretär Gustav Lei beim Amtsgericht Waldshut zum Landgericht Waldshut und den Oberjustizsekretär Friedrich Wehrle beim Landgericht Waldshut zum Amtsgericht Waldshut veretzt.

Für das Jahr 1921 ist zur Veröffentlichung der Bekanntmachungen der Justizbehörden für den Amtsgerichtsbezirk Bretten auf dem Gebiete der Rechtspflege die „Brettener Zeitung“ bestimmt worden. Die Bekanntmachung in der „Karlsruher Zeitung“ Nr. 38 vom 16. Februar 1921 erfährt hiernach eine Änderung.

Red. Justizministerium.
Der Ministerialdirektor:
Dexnauer. Dietrich.

Bekanntmachung.

Die politische Lage!

Versammlungen unter freiem Himmel, alle Ansammlungen und Umzüge sind gemäß Art. 123 Abs. 2 Reichsverfassung wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Karlsruhe, den 29. März 1921.
Ministerium des Innern.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, den 31. März, 7 bis 9 Uhr. 12.—Mark.
Madame Legros.

Nach langjähriger spezialärztlicher Ausbildung an den Universitäts-Frauenkliniken zu Straßburg, Tübingen u. Halle habe ich mich als **Frauenarzt niedergelassen.**

Sprechzeit: 12—1 Uhr, 1/3—1/5 Uhr
Samstags nur von 12—1 Uhr
Dr. Ph. Schmidt
Amalienstraße 79 Fernsprecher 5742.
Karlsruhe, den 15. März 1921.



Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Nähmaschinen **staunend billig.**
Händler extra Rabatt.

Fahrradindustrie Karlsruhe
Christian Kunzmann

Karlsruhe i. B. Zähringerstraße 37

Liquidations-Bilanz.

Artikl.	Summe
Kassenbestand	16.95
Geschäftsanteil beim Kredit- u. Vorschußverein	50.—
Bankguthaben	8710.—
Geschäftsanteile	6856.95
Passiva.	
Geschäftsanteile der Mitglieder	6840.—
Referendums	16.95
	6856.95

Oberbadische Verlags- u. Druckerei-Gesellschaft e. G. m. b. H. in Liquidation.
Franz Hoffmann. Peter Haberer.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Sieben erscheint:

Kurzer Katechismus der Gesundheitslehre

Bearbeitet von **Dr. Fischer, Singheim.**

Zweite Auflage.

Herausgegeben vom

Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose

(chem. Landesverbände - Aussch. Bad. Frauenverein Abteilung V.)

Preis 80 Pfg.

Bei größeren Bestellungen von Schulen und Vereinen ermäßigter Preis: 50 Stück je 75 Pfg., 100 Stück je 70 Pfg., 250 je 65 Pfg., 500 je 60 Pfg., 1000 je 50 Pfg.

Das **Bad. Ministerium des Kultus und Unterricht** erteilt unter dem 27. Januar 1921 im Amtsblatt an die Leiter und Lehrer sämtlicher unterstellten Schulen folgende Bekanntmachung:

„Im Hinblick darauf, daß die Tuberkulose in weiten Kreisen unseres Volkes immer mehr um sich greift, weisen wir erneut auf die Notwendigkeit einer ausführenden Unterweisung unserer Schulkinder im Rahmen des Lehrplanmäßigen Unterrichts über die Bekämpfung der genannten Krankheit und im Zusammenhang damit über eine zweckmäßige Lebensweise hin.“

Als ein wertvolles Hilfsmittel im Dienst dieser ausführenden Gesundheitslehre hat sich der vom Tuberkulose-Aussch. des Badischen Frauenvereins Abteilung V. herausgegebene, von Dr. Fischer-Singheim verfaßte „Kurze Katechismus der Gesundheitslehre“ erwiesen.“

Das Buchchen will in klarer, übersichtlicher und leicht verständlicher Form von Frage und Antwort zuerst beim Unterricht in der Volksschule als Grundlage dienen, aber es will auch weitere Volksschichten mit der Lehre der Gesundheitspflege bekannt machen, besonders die Eltern, die häufig die Schulbücher der Kinder als Lektüre benutzen.

Nur zu beziehen von:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe
Karlsruhstraße 14

Kaufe und verkaufe

fortwährend getragene Herren- u. Damenbekleidungsstücke, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Uhren, Reisezeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, Gold, Silber, Brillanten, Möbel aller Art, Nähmasch., Kinderwagen u. w. Gefl. Angeb. evb. 8-3
Weintraubs
A- u. Verkaufsgeschäft, Tel. 3747
52 Kronenstr. 52.

Pädagogium Neuenheim Heidelberg
Abitur. Oberst. i. alle Kl. d. Staatsschulen. Handelsfächer. Verpflegung durch eigene Landwirtschaft.

Pianos Kauf Miet.
J. Kunz
Pianohaus
Karlsruhe,
Karl-Friedrichstr. 21
Telephon 2713.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitsache. Karlsruhe. B. 629.21. Karlsruhe. Die Ehefrau des Kaufmanns Karl Andreas Hans Pfundner, Henriette Wilhelmine Karoline geb. Meule in Karlsruhe, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Jul. Fischer in Karlsruhe, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte durch eheliches Verhalten und Vernachlässigung der Unterhaltspflicht seine ehelichen Pflichten schwer verletzt habe mit dem Antrage auf Scheidung der am 8. Dezember 1900 in Bremerhaven geschlossenen Ehe aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin laßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Landgerichts zu Karlsruhe auf Dienstag, den 7. Juni 1921, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, 29. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

B. 513.21 Offenburg. Die Marie Elisabeth Oser, vertreten durch Landwirt Josef Börner, Josef Sohn in Urfloffen, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Wytinski in Karlsruhe, klagt gegen den Otto Börner in Philadelphia, früher in Urfloffen, unter der Behauptung, daß der Beklagte durch Urteil des Amtsgerichts Freiburg v. 23. Mai 1912 zur Zahlung einer Unterhaltsrente von vierteljährlich 45 M. verurteilt wurde und daß gemäß § 323 ZPO. ein erhöhter Unterhalt von monatlich 100 Mark begehrt werde, mit dem Antrage auf vorläufige vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung einer weiteren Rente von vierteljährlich 25 M. vom Klagestellungstage ab, oder einer vom Gericht festzusetzenden Höhe bis zur Vollerfüllung des 16. Lebensjahres und Bewilligung des Armenrechts für den II. Teil.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Offenburg auf Freitag, 20. Mai 1921, vormittags 9 Uhr,

geladen. Die Einlassungsfrist ist auf 6 Wochen festgesetzt.
Offenburg, 17. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

B. 526. Fahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhändlers Edgar Fleury, früher in Reichenbach, jetzt unbekannt wo, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Beschlußfassung über die Bejähigung eines weiteren Gläubigeranspruches mit dem Termin bestimmt worden auf: Donnerstag, 21. April 21, vormittags 10 Uhr, vor dem badischen Amtsgericht zu Lahr, Pinnarstr. 20.
Lahr, 23. März 1921.
Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.

Bericht Bekanntmachungen Aufgebotsverfahren.

Der Revisor Gustav Riede u. dessen Ehefrau Theresie hier, Kaiserallee Nr. 1, haben den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Lit. C. Nr. 511 mit einer Einlage von 554,02 M. für traßlos zu erklären. Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei dem unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Buches erfolgen wird.
Karlsruhe, 24. März 1921.
Städt. Sparkassenamt.

Die Baden-Badener Reit- & Fahrsport Gesellschaft mit beschr. Haftung ist durch Gesellschafterbeschluss vom 20. November 1920 in Liquidation getreten. Gläubiger der Gesellschaft werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist bei uns einzureichen.
Baden-Baden, den 22. März 1921.
Baden-Badener Reit- & Fahrsport G. m. b. H. in Liquidation.
Die Liquidatoren: Fritz Wodemann, Kurt Ulrich.

In der Generalversammlung am 13. März d. J. wurde einstimmig beschlossen, die Genossenschaft auf 1. Januar 1922 aufzulösen. Als Liquidatoren wurden die Herren Franz Hoffmann und Peter Haberer in Offenburg gewählt. Etwaige Forderungen sind bis zum 1. Juli d. J. anzumelden.
Offenburg, 21. März 1921.
Oberbadische Verlags- und Druckerei-Gesellschaft e. G. m. b. H. in Liquidation.
Franz Hoffmann, Peter Haberer.

Ruhholzversteigerung
des Bad. Forstamtes Forstheim am Montag, den 11. April d. J., früh 9 Uhr, auf dem Seehaus im Jagenschieß aus den Staatswaldbeständen I. Hagenschieß und II. Halde:
a) Kleinversteigerung mit Zulassung badischer u. württembergischer Kleinhandwerker u. Selbstverbraucher: etwa 20 Kubikmeter, 23 Eichen (meist IV.-VI. Kl.), 6 Erlen, 8 Birken, 1 Kirschebaum, 4 Nichten und Tannen, 4 Fichten und Tannenspaltdächer, 52 Forlen, 31 Lärchen, 2 Buchen, 7 Eichen, 15 Eichen (3 m langes) Buchschichtholz.
b) Steigerung ohne Zu-

Verlangen Sie überall

Verlangen Sie überall



erst geröst. **Kaffee**
verschied. Preislagen
offen u. abgepackt

Kaffee-Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete

CHRISTIAN RIEMPP
KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDELS-
COLONNADEN-GROSSHANDLUNG
ESSENZ-SEIFFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN

Sie erhalten Qualität!

Rathgeberstelle.

Der Dienst des ersten Verwaltungsrathgebers ist neu zu besetzen; geeignete, im Verwaltungsfach erfahrene, tüchtige Bewerber wollen sich sofort unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche melden. Es erfolgt Einreibung in die Stadtbekleidungsordnung. Gemeinderat Sülzingen.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Engen. B. 484
Güterrechtsregistertrag Band I Seite 412: Trippe, Otto, Landwirt, und Schmied in Ach, und Elise geborene Kober, verwitwete Rentier ebenda. Vertrag vom 21. Februar 1921. Erziehungsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut.
Engen, 19. März 1921.
Amtsgericht.

Heidelberg. B. 485
Güterrechtsregistertrag Band VI Seite 433: Koch, Theodor, Friseur in Heidelberg, und Maria geborene Hummel. Vertrag vom 8. März 1921. Gütertrennung.
Heidelberg, 18. März 1921.
Amtsgericht 5.

Karlsruhe. B. 449
In das Güterrechtsregister ist zu Band X eingetragen:
Seite 78: Hager, Christian, Bäckermeister, Karlsruhe, und Karoline Elise geb. Unger. Vertrag vom 14. März 1921. Gütertrennung.
Seite 79: Silbernagel, Ludwig, Schlosser, Karlsruhe, und Anna Theresia geb. Unger. Vertrag vom 11. März 1921. Gütertrennung.
Karlsruhe, 19. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 2.

St. Gallen. B. 448
Güterrechtsregistertrag Band II Seite 139: Siegwald, Max, Bäcker in Lammetsried, und Luise geb. Gemp. Vertrag vom 5. Februar 1921. Erziehungsgemeinschaft des BVB. Es besteht Vorbehaltsgut.
St. Gallen, 19. Febr. 1921.
Bad. Amtsgericht

Mannheim. B. 435
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:

Seite 292: Joseph Erbach, Kaufmann, Mannheim, und Apollonia geb. König. Vertrag vom 28. Februar 1921. Gütertrennung.
Seite 293: Oskar Wacker, Bäcker, und Margarete geb. Peutel in Mannheim. Vertrag vom 4. März 1921. Erziehungsgemeinschaft.

Seite 294: Ludwig Krauß, Oberpostkammerer, und Katharina geb. Bruder in Mannheim. Durch Vertrag v. 5. März 1921 ist das in § 2 bezeichnete Vermögen als Vorbehaltsgut der Frau erklärt.
Seite 295: Anton Gerberds, Ingenieur und Flora geb. Geher in Ladenburg. Vertrag vom 10. März 1921. Gütertrennung.

Mannheim. B. 449
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:
Seite 296: Julius Rehbach, Bäcker, und Rosa geb. Beer in Mannheim. Vertrag vom 14. Dezember 1920. Erziehungsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 2 bezeichnetes Einkommen, sowie alles dasjenige, was sie künftig noch unentgeltlich unter Lebenden oder von Todeswegen erbt, ferner das Wohnhaus Lg. Nr. 4679 t von Mannheim, HofstraÙe mit Gebäulichkeiten Lit. S. 6. 11.
Seite 297: Otto Wagner, Tapezier, u. Emma geb. Reich in Mannheim. Vertrag vom 10. März 1921. Gütertrennung.
Seite 298: Hermann Reuthard, Kaufmann u. Käthe geb. Herbst in Mannheim. Durch Vertrag vom 16. März 1921 ist das in § 1 bezeichnete Vermögen als Vor-

behaltsgut der Frau erklärt.
Seite 299: Wolf Wölfl, Kaufmann, u. Rosa geb. Kasper in Mannheim. Durch Vertrag vom 21. März 1921 ist das gesetzliche Güterrecht der Verwaltung des Ehemannes nach den §§ 1963 ff. des B.G.B. vereinbart.
Mannheim, 26. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 4.

St. Gallen. B. 532
Güterrechtsregistertrag. Bischoff, Eugen, Robert, Tapezier zu St. Gallen, und Karoline Pauline geb. Wäldle. Vertrag vom 14. März 1921. Erziehungsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist: a) das im Vertrag näher bezeichnete Vermögen laut vorliegenden Vermögensverzeichnisse, b) alles was die Frau künftig nach § 1621 B.G.B. erwirbt.
St. Gallen, 14. März 1921.
Amtsgericht St. Gallen.

Laubersbichsheim. B. 500
In das Güterrechtsregister Band I wurde heute (Seite 453) eingetragen: Ruß, Karl, Sattler in Laubersbichsheim, und Johanna geb. Kemmer. Durch Vertrag vom 13. März 1921 ist die Ruhnickung und Verwaltung des Ehemannes am Vermögen der Ehefrau ausgeklüffelt.
Laubersbichsheim, den 19. März 1921.
Bad. Amtsgericht.

St. Gallen. B. 501
In das Güterrechtsregister Band II Seite 53 wurde eingetragen: Landwirt Christof Heinrich Deuel in Sondertal, und Marie Debel geb. Haag alba. Vertrag vom 17. März 1921. Erziehungsgemeinschaft gem. §§ 1519 ff. B.G.B.
St. Gallen, 18. März 1921.
Amtsgericht.

St. Gallen. B. 499
Zum Güterrechtsregister Band VIII O. 3. 59 wurde heute eingetragen:
„Elektro-Instalateur-Verband Badische Pfalz“, Mannheim.
Mannheim, 18. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 4.

St. Gallen. B. 499
Zum Güterrechtsregister Band VIII O. 3. 59 wurde heute eingetragen:
„Elektro-Instalateur-Verband Badische Pfalz“, Mannheim.
Mannheim, 18. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 4.

Bereins-Register.
Heidelberg. B. 300
Bereinsregistertrag. Band III O. 3. 36 Verein „Eidgenössische Natwilerer-Klub in Heidelberg.“
Heidelberg, 10. März 1921.
Amtsgericht 5.

Heidelberg. B. 523
Bereinsregistertrag. Band I O. 3. 17 der Name des Vereins „Alte Herren der Barings in Heidelberg“ ist geändert in „Verein der alten Herren der Landmannschaft Barings“ in Heidelberg.
Heidelberg, 22. März 1921.
Amtsgericht 5.

Heidelberg. B. 524
Bereinsregistertrag. Band II O. 3. 11, der Name des Vereins „Verband der unterbädischen Pflanzengewerkschaften“ ist von Langensell nach Heidelberg, Lammetsried, 22. März 1921.
Heidelberg, 22. März 1921.
Amtsgericht 5.

Konstanz. B. 391
Zum Güterrechtsregister Band I Seite 22 O. 3. 51: „Zur Vereinigung „Salmerei 1892“,“
Konstanz, 11. März 1921.
Bad. Amtsgericht.

Mannheim. B. 459
Zum Güterrechtsregister Bd. VIII O. 3. 60 wurde heute eingetragen:
„Wiedervereinigung Mannheim“, Mannheim.
Mannheim, 19. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 4.

Mannheim. B. 451
Zum Güterrechtsregister Bd. VIII O. 3. 59 wurde heute eingetragen:
„Elektro-Instalateur-Verband Badische Pfalz“, Mannheim.
Mannheim, 18. März 1921.
Bad. Amtsgericht B. 4.